

Bildung, Integration
und Klimapolitik
verlangen kühle Rechnungen
und Aufbruchgeist

Bürgerliche Politik muss effizient sein

Mariam Lau

Wer die Wahlnacht vom 27. September im Konrad-Adenauer-Haus verbracht hat, erlebte ein beunruhigendes Schauspiel. Als die eigenen, nicht eben berauschen- den 34,2 Prozent über die Bildschirme liefen, gab es kraftlosen, routinierten Applaus. Als aber für die SPD „das schlechteste Ergebnis der Nachkriegs- zeit“ verkündet wurde, brandete Begeis- terung auf. Und gänzlich entfesselt wur- den die Leidenschaften bei der Bekannt- gabe des Ergebnisses für die FDP: fünf- zehn Prozent – das funkelte und strahlte, laut johlten die jungen Wahlhelfer vom TeAM Deutschland. Aber nachhaltig war auch diese Begeisterung nicht. Man trank sein Bier, man aß seine Brezel, man schickte sich an, die Regierung zu über- nehmen – natürlich, wer sonst? Aber Hoffnung, Unternehmungslust, ein „Pro- jekt“ gar lag nicht in der Luft. Mag sein, dass ein schwarz-grünes Bündnis eine Feuilletonisten-Grille ist. Aber wetten, dass die Aussichten auf diesen Kultur- bruch im Adenauer-Haus eine andere Stimmung erzeugt hätten?

In den Wochen, die diesem seltsamen Abend folgten, etablierte sich ein Rollen- spiel, das für die Union nicht ungefähr- lich ist. Die FDP präsentierte sich als die Partei der Stürmer und Dränger, die Partei, die das Neue in die Welt bringen und das Unmögliche möglich machen will. Wie in einem Spinnennetz hat sich die gerade erst entstehende schwarz- gelbe Koalition im Koordinatensystem der alten Bundesrepublik verfangen. Während die einen in ihr einen Wieder-

gänger der Thatcher-Reagan-Revolutio- nen feiern wollen, warnen die anderen vor der Erstarrung in sozialer Kälte.

Keins von beidem trifft die Lage. Weder geht es jetzt darum, wie in den Siebzigerjahren übermächtige Gewerkschaften und bizarre Lohnforderungen zurechtzu- stutzen – in vielen Teilen Ostdeutsch- lands gibt es ja längst keine Tarifbindung mehr, und die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren sehr zurückge- halten. Noch ist die FDP eine Partei ohne Sozialpolitik: Nur kennt keiner ihre Kon- zepte, weil es nicht ins Klischee passt, dass die Liberalen sich da durchaus etwas überlegt haben. Auch sie wollen nieman- den fallen lassen. Die liberale Sozialpoli- tik operiert allerdings mit dem Grund- satz, dass es dem, der arbeitet, besser ge- hen soll als dem, der nicht arbeitet – ein Grundsatz, für den es in Deutschland eine satte Mehrheit geben dürfte. Überhaupt hat diese Regierung, anders als Rot-Grün 1998, ein Mandat für Reformen.

Die Stunde für ein „Projekt“

Das ist eben dann doch die Stunde für ein „Projekt“. Man könnte es die Wie- derentdeckung bürgerlicher Tugenden nennen. „Bürgerlich“ kann sich dabei nicht auf das *Opting-out* beschränken – also auf die Möglichkeit für Besserver- dienende (nur sie zahlen ja Steuern), sich aus Gemeinschaftsaufgaben zurückzu- ziehen. Gerade zum Tag der Deutschen Einheit konnte man sich einmal mehr vor Augen führen, welche Leistungen die Bundesrepublik aus den gemeinsamen

Töpfen bestritten hat. Sie ist eines der lebenswertesten Länder der Welt. Wenn allerdings niemand mehr Steuern zahlt (und die Nicht-Zahler nehmen ständig zu), wird sich das schnell ändern.

„Bürgerlich“ kann heute vieles heißen. Eine Bildungspatenschaft übernehmen. Mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren, weil man „die Schöpfung bewahren“ will, wie es bei der CDU heißt. Am Wochenende mit den Kindern nach Weimar fahren und die Geschichte einer großen Freundschaft erzählen. Einer Freundin von einer Abtreibung abraten. Den Kunden, den man in der Bank berät, auf das Risiko einer Anlage hinweisen, auch wenn es einen den Bonus kostet. In der U-Bahn einem Schläger entgegenzutreten. Es ist nicht bürgerlich, zufrieden zu sein, wenn öffentliche Schwimmbäder geschlossen werden, solange nur der eigene Jacuzzi schön sprudelt.

Bildung, Integration, Klima

Bürgerliche Politik muss jetzt vor allem eines sein: effizient. Die Große Koalition hat viele ihrer Konflikte mit Geld bewältigt, das sie eigentlich nicht hatte. Weil es beim Ausbau der Kinderbetreuung mit der CSU knirschte, hat man ein Betreuungsgeld beschlossen. Die versprochene Überprüfung der familienpolitischen Leistungen ist Ursula von der Leyen bis heute schuldig geblieben. Jetzt muss alles auf den Prüfstand. Es reicht nicht mehr zu prahlen, wie viel vom Bruttosozialprodukt für das Klima, für Bildung oder Integration ausgegeben wurde. Ausschlaggebend ist, ob man seine Ziele erreicht hat. Aber Bildung, Integration, Klima – das sind die drei zentralen Themen der nächsten Regierung, und Bildung ist das gewichtigste unter ihnen.

Angela Merkel hat das im Wahlkampf immer betont. Wie ernst sie es meint, wird sich nicht nur an der Zahl der Schulabbrecher messen lassen, sondern auch an ihrer Bereitschaft, den Kleinmut ihrer Landesfürsten zu schleifen, die Bundesbildungspolitik nur als Einmischung in

ihre inneren Angelegenheiten verstehen. Alle Parteien haben erklärt, wie wichtig ihnen Bildung ist, aber für das Amt nominiert haben die meisten nur Figuren aus der dritten Reihe. Bildungspolitik muss zum Starthema werden.

An der Familienpolitik hat man gesehen, dass eine solche Karriere möglich ist – es kommt da in erster Linie auf die Persönlichkeit des Amtsinhabers an. Integration, Bildung, Demografie – die Zusammenhänge sind hinlänglich bekannt. Es kommt nun darauf an, da eine klare, offene Sprache zu sprechen, zu der sich auch die Union bislang nur in Ausnahmefällen durchringen konnte. Die Bildungspolitik der vergangenen vier Jahre hat Fortschritte in Sachen Exzellenz gebracht. Die Hauptschulen sind in der Regel geblieben, wo sie waren: am Ende. Viele glauben, eine gesellschaftliche Aufgabe dieses Umfangs, die sich auf die wachsende Unterschicht richtet, sei eine Aufgabe für die SPD. Schwarz-Gelb muss beweisen, dass das ein Vorurteil ist.

Guido Westerwelle hat recht: Es ist die FDP, die das Gesicht des Koalitionsvertrags geprägt hat. Aber es ist nicht das Gesicht der Marktwirtschaft, nicht die reine Lehre, schon gar nicht des „Neoliberalismus“, den nun sogar Leute vermissen, die dagegen auf die Straße gegangen sind. Es hat sich in erstaunlich unverhohlener Art und Weise an vielen Stellen ein gänzlich antimarktwirtschaftlicher Lobbyismus breitgemacht, der ganze Berufsgruppen und Branchen vor dem Wettbewerb schützt, der Land und Bürgern zugutekommen würde. Bis in die Wortwahl hat man sich der Sorgen der Apotheker angenommen – man werde „die Auswüchse des Versandhandels bekämpfen“. Das steht da ganz unverzagt. Der Telekom, die fast noch ein Monopol besitzt, will man die lästige Aufsicht der Bundesnetzagentur vom Halse schaffen. Auch die Versicherungslobby, so berichtet der *Spiegel*, fand offene

Ohren, mit ihrem „Entsetzen und Empörung“ angesichts einer möglichen Kontrolle durch die Bundesbank. Und die Steuerberater danken recht herzlich für die volle Absetzbarkeit ihrer Arbeit von der Steuer. Es gibt nicht wenige Leute, die ihre ganze Panini-Sammlung darauf verwettet hätten, dass CDU-Chefin Angela Merkel für solche Manöver nicht zu haben ist. Sie waren im Irrtum.

Kühl durchrechnen

Wären die Koalitionäre doch bloß kalt und neoliberal! Kühl durchgerechnet, hätte man doch Folgendes konstatieren müssen: Unser Problem in Zeiten wie diesen ist nicht, ob Mittelständlern von ihren Gehaltserhöhungen fünfzig oder siebzig Euro bleiben, denn es gibt derzeit nicht so rasend viele Gehaltserhöhungen. Unser Problem ist, dass wir absolut nicht auf die Zukunft vorbereitet sind, in der wir eine überalterte Gesellschaft ohne Kinder sind, und wir jetzt schon jeden Fünften der nachfolgenden Generation aufgegeben haben, der die Schule verlässt, ohne auch nur rudimentäre Grundkenntnisse zu besitzen. Unser Problem ist, dass wir noch viel zu viel Energie verschleudern und von Quellen abhängig sind, von denen man nicht abhängig sein sollte. Unser Problem ist nicht, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, mit einhundertfünfzig Euro mehr staatlichen Respekt für ihre Leistungen spüren würden. Unser Problem ist, dass in immer mehr Familien von Erziehung überhaupt keine Rede mehr sein kann. Es geht nicht darum, Politik mit blutendem Herzen zu machen. Man muss nur einfach mal ganz kalt und neoliberal durchrechnen, was es uns kostet, wenn künftig eben immer weniger Leute produktiv arbeiten können, obwohl es doch gerade sehr viel mehr sein müssten.

In Zeiten wie diesen, wo Deutschland im scharfen Wind des Wandels und der Globalisierung bestehen muss, prä-

sentiert sich eine Koalition, in der die Regionen und die Einzelgruppen den Takt vorgeben. Achthundert Millionen Euro hat der angeschlagene Horst Seehofer für seine Bauern herausgehandelt – eine Gruppe, die schon aus Brüssel mit Subventionen unterstützt wird, statt endlich den Strukturwandel in die Wege zu leiten, der so dringend notwendig ist. Betreuungsgeld, Landwirtschafts-Subventionen, Quelle – wie teuer soll uns das politische Schicksal eines Ministerpräsidenten noch sein?

Sogar bei den Hartz-IV-Empfängern, mit deren Errettung aus den „unfasslichen Ungerechtigkeiten“ (Guido Westerwelle) durch die SPD-Arbeitsmarktreformen sich die FDP jetzt brüstet, handelt es sich um etwa zwanzigtausend Leute. Es sind nicht viel mehr, die so viel Vermögen haben, dass es hier zu Buche schlägt.

Man hat eben eine politische Entscheidung getroffen, die – was die FDP betrifft – auch angekündigt war: Es soll dem Mittelstand gegeben werden, sonst war immer die Unterschicht dran, nun müssen mal die „Leistungsträger“ dran sein. Der Gedanke hat natürlich etwas Bestechendes, zumal sowohl die Beschlussfasser als auch die, die darüber berichten sollen, zu ebendieser Schicht gehören. Aber so zu tun, als habe der Mittelstand nicht profitiert von Kinderfreibeträgen, guten Schulen, dem Ehegattensplitting und all den anderen Wohltaten der vergangenen Jahrzehnte, ist auch nicht ganz fair. Und wer profitiert von dem Beschluss, dass Strafpunkte für zu schnelles Fahren künftig schneller in Flensburg gelöscht werden? Gutes Regieren kann eine gehörige Portion Kälte vertragen.

Eigeninitiative und wirtschaftliche Freiheit

Noch ist man nicht auf der richtigen Betriebstemperatur angekommen. Der alte und neue Vorsitzende der Unions-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann,

sieht die Bundesrepublik Deutschland in zwei Teile geteilt: die einen, die „Angst vor allem und jedem haben“, dem Markt nicht vertrauen und auch der eigenen Gestaltungskraft nicht. Auf der anderen Seite sieht er all diejenigen, die an Eigeninitiative und wirtschaftliche Freiheit glauben. Von der Kanzlerin fordert er, durch mehr Marktorientierung dafür zu sorgen, dass nicht noch mehr Unionswähler zur FDP wandern. „Wo die FDP hinwill, da müssen wir bereits herkommen“, hat Schlarmann auf der Konferenz der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) im November gesagt. Schlarmann räumte ein, es gebe auch eine „Wertorientierung“ außerhalb von Angebot und Nachfrage. Worin die aber besteht, blieb unklar. Seine Rede erinnerte an den Satz der britischen Premierministerin Margaret Thatcher: „There is no such thing as society“ – es gibt keine Gesellschaft, es gibt nur Einzelindividuen. Vor allem aber gähnte in der Mitte von Schlarmanns Rede eine gigantische Leerstelle: Die Wirtschafts- und Finanzkrise erwähnte er mit keinem Wort.

Es liegt auf der Hand, dass sich die „Kanzlerin aller Deutschen“ ein solches Weltbild nicht zu eigen machen kann. Es gibt eine Gesellschaft, und die muss sie im Auge haben. Wenn zum Beispiel die Erfahrung der Fünfziger- und Sechzigerjahre – „solange es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut“ – für immer weniger Leute zutrifft, ist das nicht eine Frage von Hasenfüßen, die „Angst vor allem und jedem haben“. Für die CDU, die Leistung honoriert sehen will, steckt in diesem Wandel ein veritables Problem. Ein ebensolches Problem ist es, wenn die Parteivorsitzende sich genötigt sieht, das „Ideal des ehrbaren Kaufmanns“, des ehrlichen Bankiers oder des „achtbaren Handwerkers“ zu beschwö-

ren. Es wäre eine Ehrensache für den CDU-Mittelständler Josef Schlarmann gewesen, die Vorgänge, auf die Merkel anspielt, selbst beim Namen zu nennen. Stattdessen hat er wieder nur die reine Lehre verkündet, als hätte es eine Finanzkrise nie gegeben.

Aufbruchgeist am Ende?

Glücklich, aber nicht unbeschwert hat Angela Merkel zum zweiten Mal die Wahl zur Bundeskanzlerin angenommen. Die Menschen vertrauen ihr – aber man möchte fast sagen: noch. Schon erscheinen die ersten Umfragen, in denen steht, was instinktiv sowieso jeder weiß: dass Steuererleichterungen auf Pump keine gute Idee sind. „Sie vergewaltigen die Zukunftschancen der jungen Generation“, so und ähnlich hatten Guido Westerwelle und Angela Merkel geklungen, wenn Regierungen früherer Zeiten so etwas versucht haben.

Vieles im Koalitionsvertrag passt nicht zu dem Bild, das sich die Deutschen von Angela Merkel gemacht haben: die kraftlose Proklamation der Bildungsrepublik, die Subventionen für die Bauern; die Idee schließlich, das drängendste Problem der Deutschen sei das Abschmelzen der kalten Progression. Merkel hatte im Wahlkampf immer von etwas anderem gesprochen: dem Aufbruchgeist, den wir brauchen werden, um für die demografische Herausforderung gewappnet zu sein.

Was bei Helmut Kohl die deutsche Einheit oder bei Gerhard Schröder die Arbeitsmarktreformen, das war bei Angela Merkel die Modernisierung ihrer Partei. Für Integration und Familienpolitik hat die CDU inzwischen die ehrgeizigsten Konzepte. Das nächste Tabuthema steht vor der Tür: das Anschwellen einer deutschen Unterschicht. Wir haben, wie die Bundeskanzlerin in der Finanzkrise sagte, keine Zeit für Mätzchen.